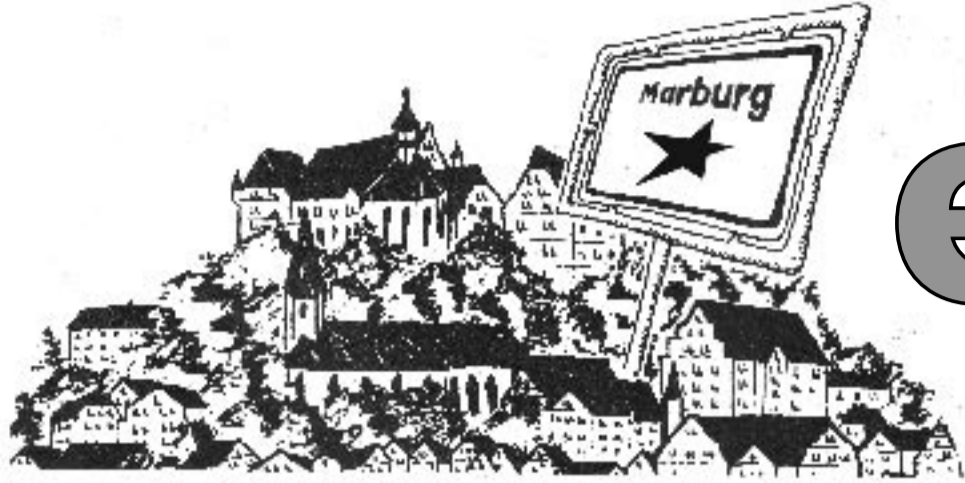


marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Oktober 2007

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#09

Was tun, wenn's brennt?

Wie das Bau- und Immobilienkapital Marburg bedroht

2006 brannte ein Haus in der Ketzerbach ab. Eine Studentin erlitt schwere Verbrennungen und konnte ihr Leben nur durch einen Sprung aus dem Fenster retten. Die Feuerwehr hatte nicht zu ihr vordringen können: der Hausbesitzer hatte einen illegalen Anbau errichtet, der die Rettung erschwerte.

Hinterher ist man immer schlauer und weiß: einmal mußte es so kommen. Ein großer Teil der Häuser in der Oberstadt, in der Ketzerbach, in Weidenhausen und Am Grün entspricht nicht den Brandschutzvorschriften. Zum Teil ergibt sich dies aus historischer Bauweise – aber eben nur zum Teil. Hinzu kommt das Treiben von Miethaien. Überall in der Altstadt findet man Klingelschilder mit sehr vielen Namen. Das ist ein Indiz dafür, daß in den entsprechenden Häusern viele Single-Zimmer errichtet wurden. Häufig handelt es sich um illegale Einbauten, die gegen Brand- und Denkmalschutz verstoßen. Auf Antrag der „Marburger Linken“ hat die Stadtverordnetenversammlung jetzt den Magistrat beauftragt, Stichproben-Untersuchungen durchzuführen. Das wird nicht ausreichen. Nötig wäre wohl eine zusätzliche Volkskont-

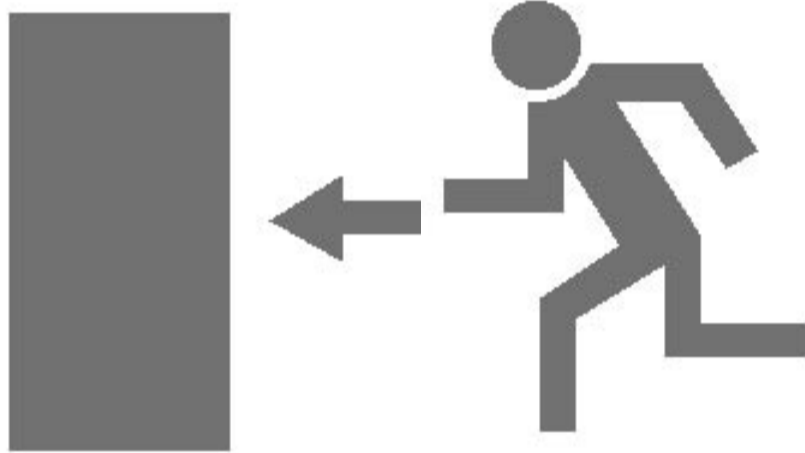
rolle: Mieterinnen und Mieter sollten selbst solche Verstöße aufdecken und bekannt machen – in ihrem eigenen Interesse. Das Immobilienkapital heißt

ten wurde schon vor Jahren verhandelt: durch das Erlerning-Center. Auf einem Bein steht man schlecht. Deshalb wurde jetzt auch noch eine zweite Ver-

chen. Wir tun das nicht. Nicht um Korruption handelt es sich, sondern um völlig legalen Kapitalismus. Er treibt die Städte vor sich her, auch Marburg. Das Bau- und Immobilienkapital ist ein durchaus bedeutender Sektor. Die Vergesellschaftung von Grund und Boden ist eine alte Forderung aus den besseren Tagen der Arbeiterbewegung. Man sollte sich wieder an sie erinnern.

Denn die Möglichkeit zur Enteignung ist durch das Grundgesetz (Art.14, Abs. 3 und Art. 15) gedeckt und auch in Marburg schon zur Anwendung gekommen. Zur Umgestaltung des Rudolphsplatzes Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre und zur Ausweitung des Truppenübungsplatzes im Bereich Cyriaxweimar und Haddamshausen in den fünfziger und sechziger Jahren hatte man davon Gebrauch gemacht. Wir Marburgerinnen und Marburger wären gut beraten, an diesen Erfahrungen anzuknüpfen, um den lebensgefährlichen Verstößen mancher Hausbesitzer gegen die Brandschutzbestimmungen sowie dem Treiben des Bau- und Immobilienkapitals zur Verschandelung unserer Stadt Einhalt zu gebieten.

DKP Marburg



zwar Immobilienkapital, aber es ist enorm mobil. Es dringt in jede Ritze ein, in der es etwas zu verschandeln gibt. Am Rübenstein wurde ein mehrstöckiges Haus geplant, das den Blick vom Lutherischen Kirchhof ins Tal versperren würde. Unglaublich, aber wahr: das Bauamt hat die Genehmigung erteilt. Wir fragen: wie konnte das geschehen? Der Eingang zur Stadt von Os-

schandelung daneben gestellt: das so genannte „Marktdreieck“. Ein Gestaltungsbeirat wurde von Jahren eingerichtet, um das zu verhindern. Hat er in diesem Fall geschlafen oder beide Augen zugedrückt? Wenn Letzteres der Fall ist: warum? Gibt es Interessent(inn)en in diesem Gremium.

Immer wenn vom Bau die Rede ist, wird von Korruption gespro-

Kreistag gegen Schulmittelfonds

Kosten für Einschulung werden zum Albtraum für verarmte Familien

Ca. 280 Kinder wurden im Landkreis Marburg-Biedenkopf eingeschult, deren Familien von Leistungen nach Hartz-IV leben müssen. Aus den ohnehin nicht bedarfsdeckenden Regelleistungen sollen zusätzlich die Aufwendungen für Schulranzen, Schulbücher, Hefte, Geodreieck, Taschenrechner, Zeichenmaterial, Sportbekleidung und -schuhe usw. angespart werden.

Nachhilfeunterricht und sonstige schulische Förderung sind offensichtlich gar nicht mehr vorgesehen. Für Eltern, deren Einkommen knapp über dem Arbeitslosengeld II-Bedarf liegen, ist die Situation ähnlich: auch sie haben nur unzureichende Mittel zur Bestreitung der Schulkosten.

Grund genug für die Fraktion Die Linke im Kreistag, nach dem Vorbild anderer Städte, Gemeinden und Landkreise einen Schulmittelfonds zu fordern, der Kindern aus bedürftigen Bedarfsgemeinschaften Lernmittel zur Verfügung stellt, die von der Lernmittelfreiheit in Hessen nicht abgedeckt sind. Schätzungen zufolge kann davon ausgegangen werden, dass Materialien zur Einschulung rund 200 Euro verschlingen, weitere 70 Euro kämen als zusätzliche finanzielle Belastung pro Schuljahr dazu.

Es ist blanker Zynismus, den Eltern zu sagen, dass man derartige Beträge ansparen kann, wenn der Regelsatz für Kinder mal gerade 208 Euro monatlich für alle

(!) Bedarfe des täglichen Lebens vorsieht. Der Anspargbetrag für Bleistifte und Hefte liegt monatlich bei 1,63 Euro, dies ergibt für das gesamte Jahr den stolzen Betrag von knapp 20 Euro. Bei solchen „Sozial“-Leistungen ist es auch nicht verwunderlich, dass Schulkinder seit Einführung von Hartz-IV genauso viel Geldleistungen bekommen wie Säuglinge.

Ohne eine entsprechende Nachbesserung des SGB II/SGB XII ist abzusehen, dass viele leistungsbeziehende Kinder aus ökonomischen Gründen ihre Schulausbildung nicht entsprechend ihren Fähigkeiten beenden können oder sie gar vorzeitig abbrechen müssen.

Bleibt noch zu erwähnen, was man sich ohnehin schon denken kann, dass Die Linke keine einzige Stimme der Hartz-IV-Parteien im Kreistag bekam. Die nämlich einigten sich auf einen komplett nichts sagenden, quasi nur aus Absichtserklärungen bestehenden Antrag. Den Vogel schoss dabei die CDU in Person von Frau Lecher ab, die Die Linke mit ihren Forderungen und der inhaltlichen Begründung „unanständig“ nannte und in zynischer Verkennung der sozialen Realitäten die heile Welt in Hessen pries.

In diesem Sinne: Danke, CDU.

Herwig Selzer

AUSGEFRAGT

Der Marburger Jan Schalauske kandidiert für Die Linke. zur Landtagswahl. Im Interview stellte er sich unseren Fragen...

SEITE 2

FOKUS

Peter Strutynski vom Kasseler Friedensratschlag argumentiert für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan...

SEITE 3

SEHEN • LESEN • HÖREN

Verursachen Mobiltelefone Gesundheitsschäden? Wie die Industrie ihren Einfluss auf die Forschung geltend macht, lesen sie auf

SEITE 4

Im Übrigen...*

von Heiko Bolldorf

... liefert Bernhard Bueb die pädagogische Begleitmusik zum Sozialabbau.

Der ehemalige Leiter des Eliteinternats Salem geistert seit der Veröffentlichung seines Buches „Lob der Disziplin“ (2006) als pädagogischer Experte durch Fernsehen und Printmedien. Aus dem Faschismus hätten die 68er, so Bueb, den Fehlschluss gezogen, Disziplin zu verwerfen. Es sei aber ein Fehler, Kindern und Jugendlichen Freiheiten zu gewähren; Freiheit bedeute, Ziele erreichen zu können, und dazu gehöre Disziplin. Diese lerne man durch Unterordnung unter Autoritäten.

Um die Fakten schert sich Bueb nicht. Er ignoriert demokratische Schulen wie Sudbury, deren Schüler selbst über Lerninhalte bestimmen und später beruflich sehr erfolgreich sind.

Worum es geht, zeigt er mit seiner Argumentation gegen Schülermitbestimmung im „Spiegel“-Interview: Sie führe zu einer „Gewerkschaftsmentalität“, zur Auffassung, es gehe in der Politik um egoistische Interessen. Das ist ehrlich: Die gegenwärtige Politik wird nur von Menschen akzeptiert, die gelernt haben, auf „egoistische“ Interessen wie Lohnsteigerungen und soziale Sicherheit zugunsten des „Standorts“ zu verzichten. Diese Verzichtsmoral soll ihnen durch Pädagogik á la Bueb adressiert werden. Bleibt nur zu hoffen, dass die junge Generation sich diesen Anschlag auf ihre Rechte nicht bieten lässt.



DKP

ECHO VON LINKS



Gastkommentar von Georg Fülberth*

Plötzlich Sozialismus

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September verlief ungewöhnlich friedlich, fast weihnachtlich. Es war hoher Besuch angesagt: Walter Prudencio Magne Veliz, der bolivianische Botschafter, kam nach Marburg, um die Semana Latina in der Waggonhalle zu eröffnen. Vorher sollte er in der Stadtverordnetenversammlung sprechen. Der Botschafter reiste aus Berlin nicht mit der Limousine an, sondern mit dem Zug, 19:33 Hauptbahnhof. Als er den Saal betrat, erhoben sich die Abgeordneten höflich und spendeten ihm Beifall. Dann erzählte er von der aktuellen Lage in seinem Land. Dort geht es nicht nur um die Bekämpfung der Korruption, sondern der Armut. Die indigene Bevölkerung wurde jahrhundertlang ausgebeutet. 60 Prozent leben unterhalb der Armutsgrenze: we-

niger als zwei Euro pro Tag und Person. Seit 2006 ist Evo Morales Präsident. Er setzt auf eine Landreform und die Eindämmung der Monokulturen. Der Analphabetismus wird bekämpft: die Bildung der Kinder wird die Ressource der Zukunft. Wenn Morales von Ökologie spricht, braucht er nicht den Club of Rome. Er knüpft an eine indigene Verehrung der „Mutter Erde“ an. Sofort nach seiner Wahl begann er mit der Vergesellschaftung der Erdöl- und Erdgasindustrie. Ausländische Gesellschaften mussten sich innerhalb von sechs Monaten der Kontrolle der staatlichen Erdölgesellschaft unterstellen. Evo Morales ist ein Freund Fidel Castros. Sein Botschafter, Magne Veliz, trug in Marburg keinen Schlips, sondern die Landestracht. Er sprach nicht lang, laut und aufgeregt, sondern ruhig, überlegt

und eher knapp. Auch wollte er die Einheimischen in Marburg wohl nicht allzu sehr mit seinen innenpolitischen Angelegenheiten behelligen. Aber selbst wenn er von der Kultur und von den Beziehungen zwischen Bolivien und der Bundesrepublik redete, spürte man, daß dies alles für ihn vor allem im Zusammenhang mit der aktuellen Umwälzung in seinem Land stand. Als der Botschafter geendet hatte und den Saal verließ, flankiert vom Oberbürgermeister und vom Stadtverordnetenvorsteher, erhoben sich die Abgeordneten erneut und klatschten, auch die CDU. Höfliche Leute. Vielleicht haben gar nicht alle gemerkt, daß sie gerade dem Sozialismus applaudiert hatten – so wie er eben in einem gegebenen Land unter gegebenen Voraussetzungen gerade noch möglich ist. Sozialismus in der Marburger Stadtverordnetenversammlung,

Wir schicken Ihnen das *Marburger Echo* gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.
Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070, Sparkasse Gießen (BLZ: 51350025), bitte Verwendungszweck angeben: *Marburger Echo*

plötzlich und unerwartet, akzeptiert von allen, auch von CDU und FDP. Eine Abweichung und Sonderlichkeit der angenehmeren Art. Möge sie irgendwann zur Regel werden.
**Unser Autor ist Mitglied der DKP und sitzt für die Marburger Linke im Stadtparlament.*

Urteil gegen Studierende

Mit dem Vorwurf der Nötigung gegen drei Marburger Studierende befasste sich Ende August das Marburger Amtsgericht. Grund war eine Demonstration gegen die Einführung von Studiengebühren im Mai letzten Jahres, bei der es zu einer Blockade der Stadtautobahn gekommen war. Und der vorsitzende Richter Tazsis gab sich Mühe, den politischen Charakter des Prozesses zu unterstreichen: Nötigung und tateinheitliche Freiheitsberaubung mit Freiheitsstrafen von vier bis sechs Monaten, dazu je 200 Arbeitsstunden lautete sein Urteil. Die Höhe des Strafmasses bedeutet eine Vorstrafe im Lebenslauf der Angeklagten. Und da man in der Bundesrepublik keine Berufsverbote mehr verhängt, spricht man in diesem Zusammenhang einfach von „wahrscheinlicher Arbeitslosigkeit“. Im Übrigen ist es unwahrscheinlich, dass die polizeilichen Übergriffe, wie auf das Frankfurter Studentencafé, eine ähnliche Beachtung finden werden. Stellt es doch das offizielle Bild vom gewaltbereiten Protest in Frage.

Landratswahl locker gewonnen

Zunächst einmal Gratulation an all diejenigen, die diese Wahl mit großer Mehrheit gewonnen haben: Menschen wie du und ich. Fast 130.000 Menschen haben am 9. September große Einigkeit demonstriert und sich zum siegreichen Bündnis der NichtwählerInnen zusammengeschlossen. Diese umgerechnet ca. 70 % wurden prozentual nur noch von der Gesamtzahl der Wahlberechtigten übertroffen, die mit 82,6 % gegen Robert Fischbach (CDU) und mit 87,6 % gegen Manfred Barth (SPD) votierten. Bei diesem geballten Vertrauensbeweis kommt natürlich auch ein Politik-Profi wie Fischbach ins Schwärmen und spricht am Wahlabend, noch ganz benommen von der Klarheit des Abstimmungsverhaltens, die bewegenden Worte, dies sei „ein eindrucksvoller Beweis, dass die Wähler mit meiner Arbeit zufrieden sind“. Unterstützt wird er von Karl Zissel (FDP), der unschlagbar liberal das positive Zeichen sieht, „dass wir bei der Wahlbeteiligung immerhin noch mehr als 30 % hatten“. Was soll da bei der nächsten Wahl schon schief gehen?

AUSGEFRAGT



Im Gespräch mit Jan Schalauske*

Ende Januar sind Landtagswahlen in Hessen. Herwig Selzer sprach für das Echo mit Jan Schalauske, der in Marburg studiert und für Die Linke kandidiert.

Warum sollen wir Die Linke wählen?

Die gesellschaftlichen Zustände in Hessen haben sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Die CDU hat mit der unsäglichen „Operation sichere Zukunft“ den Sozialstaat demonstrierend, öffentliches Eigentum wie die Unikliniken Gießen-Marburg verschleudert, die Rechte der lohnabhängig Beschäftigten mit Füßen getreten und die verfassungswidrige Einführung von Studiengebühren veranlasst. Die SPD und die Grünen sind zu dieser Politik keine wirkliche Alternative. Bundesweit steht die SPD noch immer für Sozialabbau im Gewand von Hartz IV, Agenda 2010 und Rente mit 67. Die hessische Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti hat als Mitglied im Par-

„DKP bleibt Bündnispartner“

teivorstand der SPD viele dieser Maßnahmen mitgetragen, heute fordert sie bloß kleinere Korrekturen. Wie weit sich die Grünen von ihren Wurzeln als Friedens- und Ökologiepartei entfernt haben, zeigt auch ein Blick in die hessischen Städte und Landkreise, wo sich Schwarz, Gelb und Grün so gut verstehen, dass es kräftig schwampelt. Die Linke in Hessen ist die einzige Partei, die eine klare Alternative zu der Politik der bisher im Landtag vertretenen Parteien darstellt. Den dringend notwendigen Richtungswechsel hin zu Solidarität und sozialer Gerechtigkeit wird es nur mit einer linken Fraktion im Hessischen Landtag geben.

Was passiert, wenn die Wahlen eine rechnerische Mehrheit für SPD, Grüne und Die Linke ergeben würde?

Diese Frage wird nicht von Einzelnen oder einer Fraktion, sondern von jedem Mitglied mit entschieden. Nach der Satzung unserer Partei werden solche grundlegenden Entscheidungen mit Hilfe eines Mitgliederentscheids beantwortet. Den Umfragen zu Folge wird eine rechnerische Mehrheit für Schwarz-Gelb nur dann verhindert, wenn Die Linke in den Hessischen Landtag einzieht. Wir setzen uns für ein Sofortprogramm gegen Armut, für den sofortigen Stopp der Privatisierung öffentlichen Eigentums, für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und der Studiengebühren ein. Sollte es nach der Wahl Partner geben, die ernsthaft gewillt sind,

unsere Forderungen umzusetzen, würden wir für Gespräche offen sein. Da aber weder bei der SPD noch bei den Grünen ein Kurswechsel in ihrer Politik zu erkennen ist, beide eine Koalition mit uns ausschließen und die SPD sogar mit einer großen Koalition liebäugelt, werden sie für einen grundlegenden Richtungswechsel in Hessen voraussichtlich nicht in Frage kommen. Viel wichtiger als die Gedankenspiele um vermeintliche parlamentarische Mehrheiten ist die Frage, wie wir gemeinsam mit den außerparlamentarischen Bewegungen um gesellschaftliche Mehrheiten für einen grundlegenden Politikwechsel kämpfen können. Hier zeigt die Arbeit unserer Bundestagsfraktion eindrucksvoll, wie sich Kräfteverhältnisse auch aus der Opposition heraus verändern lassen.

Wie bewertest du, dass der Marburger Pit Metz als Spitzenkandidat zurückgetreten ist?

Die Diskussionen um die Aufstellung der Landesliste sind nicht besonders konstruktiv verlaufen. Auf allen Seiten haben sich Beteiligte nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Ein neues linkes Projekt, das sich in der Tradition der Arbeiterbewegung verortet, steht vor der Herausforderung, in der solidarischen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit eine neue politische Identität und Kultur zu entwickeln. Dabei muss ein primitiver Antikommunismus genauso zurückgewiesen werden,

* Jan Schalauske ist Vorstandsmitglied bei DIE LINKE. SDS. Er kandidiert auf Platz 8 der Landesliste Die Linke zur Landtagswahl in Hessen 2008.

wie phrasenhafte Ressentiments gegenüber ehemaligen Sozialdemokraten. Wie man auch immer zu der Entscheidung von Pit Metz, auf seine Kandidatur zu verzichten, steht, verdient er großen Respekt für die Art und Weise, wie er diese umgesetzt hat.

Mit Willi van Ooyen steht jetzt ein Kandidat an der Spitze der Landesliste, der als Parteiloser in den außerparlamentarischen Bewegungen verankert und weit über unsere Parteigrenzen hinweg bekannt und geachtet ist.

Die Linke und die DKP konnten sich vor der Erstellung der Landesliste nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Welche Erwartungen hast du an die DKP im Wahlkampf?

Für Die Linke bleibt die DKP ein wichtiger Bündnispartner. In Marburg arbeiten Mitglieder beider Parteien in der linken Stadt- und Kreistagsfraktion gut zusammen. Es gibt natürlich einige inhaltliche Differenzen, aber in den zentralen landespolitischen Themen, wie im Kampf gegen die „Operation sichere Zukunft“, Privatisierungen oder gegen die Einführung von Studiengebühren und für die Verteidigung der Hessischen Verfassung bestehen sicher zahlreiche Gemeinsamkeiten. Deshalb wird es ebenso in Zeiten jenseits des Wahlkampfes wichtig sein, dass Die Linke gemeinsam mit der DKP und anderen fortschrittlichen Kräften im außerparlamentarischen Raum für ein linkes Klima in Hessen kämpft.

Treffen der SDAJ Marburg immer am Dienstag Abend.
Ort auf Anfrage:
SDAJMarburg@web.de

FOKUS

„Bundeswehr raus aus Afghanistan“

Diese Forderung stand im Zentrum einer bundesweiten Demonstration am 15. September 2007 in Berlin, zu der die Friedensbewegung, Parteien wie DIE LINKE und die DKP sowie zahlreiche soziale Bewegungen aufgerufen hatten. **Von Peter Strutynski***

Mit 10.000 TeilnehmerInnen war es zwar keine Demonstration, die an die Massendemos gegen den Irakkrieg anknüpfen konnte, die sich aber unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen durchaus sehen lassen konnte. Wer angesichts der zahlreichen repräsentativen Umfragen, die jeweils deutliche Mehrheiten der Bevölkerung gegen den Afghanistankrieg belegten, gemeint hatte, hier müssten sich größere Massen auf den Straßen von Berlin zeigen, verkennt die doch sehr unterschiedlichen Motive der Nein-Sager. Ein nicht unbeträchtlicher Teil dürfte aus isolationistischen Gründen jegliches Engagement in Afghanistan ablehnen.

Das ist aber nicht die Haltung der Friedensbewegung und der internationalistisch eingestellten Linken. Gerade Intellektuellen fällt es heute viel schwerer, sich für einen vollständigen Abzug der Bundeswehr (und in der Konsequenz aller ausländischen Truppen) aus Afghanistan einzusetzen, weil sie sich nicht vorstellen können, dass humanitäre Hilfe ganz ohne militärischen Schutz auskomme. Große Teile der Grünen, die auf ihrem Sonderparteitag dem kriegsbereiten Vorstandsfügel eine herbe Niederlage bereitet haben, sind ebenfalls keine grundsätzlichen Gegner von Militärinterventionen. Die beschlossene Empfehlung an die Bundestagsfraktion, die Verlängerung des ISAF-Ein-

satzes abzulehnen, resultiert allein aus der Tatsache, dass im ISAF-Paket auch der Tornado-Einsatz inbegriffen ist. Den wollte man ablehnen, ISAF aber nicht. Darüber hinaus wünschten sich die Grünen ein behutsameres Vorgehen von ISAF, verglichen etwa mit den Rambomethoden der US-geführten „Antiterror“-Operation Enduring Freedom. Die Kriegswirklichkeit spricht allerdings eine andere Sprache: Es existiert kein substantieller Unterschied zwischen ISAF

und OEF. Beide stehen unter NATO-Kommando, beide kämpfen offensiv zu Land und aus der Luft gegen tatsächliche oder vermeintliche Terroristen und Taliban, beide verursachen zunehmend „Kollateralschäden“ unter der Zivilbevölkerung und beide sind letztlich nicht in der Lage, zivile Aufbauhelfer zu schützen. Vom größten deutschen ISAF-Lager in Mazar-i-Sharif berichtete vor kurzem der SPD-Vertei-

digungsexperte Arnold, dass die Soldaten gar nicht mehr aus dem Lager heraus kämen. Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen ähnlich weit entfernt wie vor knapp sechs Jahren, als USA und NATO den Krieg begannen. In den meisten Regionen regieren Warlords und Drogenbarone. Die Autorität der afghanischen Regierung reicht kaum über die Grenzen der Hauptstadt Kabul hinaus. Dass gerade in den letz-

eine vernichtende Zustandsbeschreibung der innenpolitischen Verhältnisse in Afghanistan abgegeben. Danach sei die Regierung Karzai eine „Killerbande“, die überwiegend aus Kriegsherren und „Verbrechern“ der Nordallianz, sowie aus Drogenbaronen bestehe.

Zivile Hilfsorganisationen, wie „Caritas International“, das „Rote Kreuz“, „medico international“, „Welthungerhilfe“ oder die „Kinderhilfe Afghanistan“ fordern für

eines wie auch immer gearteten „bewaffneten Widerstands“ in Afghanistan. Entführungen und Geiselnahmen sind in einem solchen Umfeld zu einer lukrativen Einnahmequelle für kriminelle Banden geworden. So manche Hilfsorganisation hat bereits das Handtuch geworfen (z.B. schon vor geraumer Zeit „Ärzte ohne Grenzen“), andere Organisationen haben ihren Abzug für die nächsten Wochen und Monate angekündigt. Damit schwindet aber ein wesentliches Argument der Befürworter des Militäreinsatzes: Die Hilfe, die es militärisch zu sichern gälte, zieht sich zurück. Das Militär „sichert“ am Ende nur noch sich selbst.

Es sind diese und andere Tatsachen über die wahren Verhältnisse in Afghanistan, die in der Öffentlichkeit noch mehr „kommuniziert“ werden müssen. Die Medien sind dabei wenig hilfreich (alle überregionalen großen Zeitungen wie FAZ, SZ oder FR haben z.B. die Demo der 10.000 in Berlin mit keiner Silbe erwähnt!). Die Aufklärung muss also von unten kommen. Die Bundestagsdebatten um die Verlängerung von ISAF (am 12. Oktober) und von OEF (Mitte November) sollten zum Anlass genommen werden, mit vielen dezentralen Aktionen, Unterschriftensammlungen und Veranstaltungen sowie mit Besuchen bei den Wahlkreisabgeordneten auf den andauernden Skandal des Afghanistan-Einsatzes hinzuweisen.

*Unser Autor ist Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag.



und OEF. Beide stehen unter NATO-Kommando, beide kämpfen offensiv zu Land und aus der Luft gegen tatsächliche oder vermeintliche Terroristen und Taliban, beide verursachen zunehmend „Kollateralschäden“ unter der Zivilbevölkerung und beide sind letztlich nicht in der Lage, zivile Aufbauhelfer zu schützen. Vom größten deutschen ISAF-Lager in Mazar-i-Sharif berichtete vor kurzem der SPD-Vertei-

ten Monaten Gewalt, Terror und Drogenhandel in Afghanistan so stark zugenommen haben, zeigt die Erfolglosigkeit des ISAF-Einsatzes. Dass die Taliban oder mit ihnen konkurrierende Terrororganisationen wieder ihr Haupt erheben, macht auch das Scheitern der Operation Enduring Freedom offensichtlich. Die afghanische Parlamentsabgeordnete Malalai Joja hat im Frühjahr 2007 auf einer Vortragsreise in den USA

ihre Arbeit strikte Neutralität und Militärförderung. Nur dort, wo kein ausländisches Militär sichtbar ist, könne auch zivile Aufbauarbeit gedeihen. Die von der Bundesregierung so hoch gelobte zivil-militärische Kooperation macht aus den zivilen Helfern in den Augen des afghanischen „Widerstands“ Kombattanten und damit Gegner. Immer häufiger geraten sie ins Visier krimineller Banden, terroristischer Gruppierungen oder

VON DER HEIMATFRONT

Terrorhysterie und Überwachungsstaat

Der Schießbefehl des Franz-Josef Jung

Wenn Historiker einmal unter dem Stichwort „Schießbefehl“ oder „Befehlsverweigerung“ im Lexikon nachschlagen, werden sie unter dem ungewöhnlichen und deshalb leicht merkbaren Namen, Franz-Josef Jung, fündig. Der „alte“ Schießbefehl verblaßt vor dem Hintergrund und der Dimension des „Mordbefehls“ von Jung. Zu diesem hatte die FAZ am 21.08.2007 die Gegenüberstellung der entsprechenden Gesetze der Bundesrepublik und der DDR, durch den Sekretär der Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches, zur Erarbeitung des letzten Verfassungsentwurfes für die DDR, Dr. Klaus Emmerich, mit „Vergebliche Suche nach dem Schießbefehl“ überschrieben. Dazu hat der Hamburger Rechtsanwalt, Armin Fiand, Strafanzeige wegen des Verdachts der Volksverhetzung, § 130 StGB, gegen Marianne Birtler, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BSTU), Berlin gestellt. Rechtsanwalt Armin

Fiand vertritt übrigens auch den Guantanamo-Gefangenen, Murat Kurnaz. Die Debatte über die Abschußpläne für entführte Flugzeuge war, wie die Süddeutsche Zeitung am 19.09.2007 schreibt „... durch den Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) ausgelöst worden, der ausdrücklich für den Abschuß von Verkehrsflugzeugen im Terrorfall plädiert“. Nach altbewährter Beliebigkeit soll nach den Plänen von Innenminister Wolfgang Schäuble das Grundgesetz zurecht gebogen werden. Jung und Schäuble schüren, ihrem Vorbild Bush getreu, die Terroristenhysterie, um den Überwachungsstaat zu perfektionieren und die Mittel zur Aufstockung für die sinnlosen Auslandseinsätze durchzusetzen. Auf der Strecke bleiben auch weiterhin die überfällige Armutsbekämpfung und die Wahlkampfthemen Kinderbetreuung und Bildung. In der gegenwärtigen Diskussion, von Schäuble losgetreten und von Jung auf die Spitze ge-

trieben, schweigt die „Frau mit der Maske“ (SZ v. 07.09.2001) Angela Merkel beharrlich. Es darf weiter gerätselt werden, was sie und ihr engster Beraterkreis im Schilde führen. Offen bleibt die Frage, ob das imaginäre Flugzeug oder der Verfasser des Schießbefehls, Noch-Minister Jung, zum Abschuß freigegeben wird. Der Protest ist unüberhörbar. Die Arroganz mit der Jung sich als Verteidigungsminister über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hinwegsetzt, das Horrorszenerario Schäubles und das Schweigen der Kanzlerin machen überdeutlich, es ist an der Zeit, das Trauerspiel der Großen Koalition vom Spielplan abzusetzen. Respekt und Hochachtung vor dem Vorsitzenden des Pilotenverbandes VBSK, Thomas Wassmann in der Leipziger Volkszeitung: „Ich kann den Piloten nur empfehlen ... dem Befehl des Ministers nicht zu folgen.“

Karl-Heinz Mruck

www.SDAJ-Online.de/position

kostenloses Probeexemplar:
SDAJMarburg@web.de



Deutsche Interessen zur Geltung bringen Umbau der Bundeswehr zur „neuen Offensivkraft“

Als zentrale Herausforderung benennt die Bundesregierung im Weißbuch 2006 die Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“ und die Sicherung deutscher Wirtschaftsinteressen: „Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen.“ Vordringlich „muss die Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleistet werden.“ Um der Aufgabe, weltweit interventionsfähig, d.h. angriffsfähig zu sein, gerecht werden zu können, erfährt die Bundeswehr aktuell den radikalsten Umbau ihrer Geschichte. Die Bundeswehr erhält eine neue Struktur. Die Bildung von Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte sollen ihr „neue Offensivkraft“ verleihen.

Ausbau der Luftwaffe...
Die strukturellen Veränderungen

werden von einem immensen Rüstungsprogramm zur Verbesserung der „militärischen Schlagkraft“ begleitet. So erhält die Luftwaffe erstmals Marschflugkörper. Diese sollen den 180 neuen Eurofighter untergehangt werden. Das Heer erhält künftig Eliteeinheiten mit Waffensystemen, die „tief in den Feind wirken“, d.h. „starke feindliche Kräfte werden zerschlagen, bevor sie auf die eigenen Kräfte treffen.“ Zu diesen Eliteeinheiten zählen die Division Spezielle Operationen, zu der das geheim operierende Kommando Spezialkräfte gehört, und die Division Luftbewegliche Operationen samt neuer luftbeweglicher Brigade. Deren Kern bilden 64 Kampfhubschrauber Tiger – der weltweit kampfstärkste Hubschrauber überhaupt. Zusätzlich werden etwa 410 Exemplare des neuen Schützenpanzers Puma, knapp 200 neue Panzerhaubitzen 2000 sowie rund 150 Mehrfachraketenwerfer Mars angeschafft.

... und der Marine
Die Globalstrategie der Bundeswehr wird jedoch am deutlichsten, wenn man die Anschaffungen der Marine betrachtet. Diese erhält neue Korvetten, Fregatten und U-Boote. Die Korvetten können erstmals nicht nur Schiffe und U-Boote versenken, sondern auch von See aus mittels Marschflugkörper Zerstörungen im Landesinneren herbeiführen – die „Fähigkeit zum Wirken von See an Land“ wird gesteigert. Denn „die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in einer Entfernung von 80 km von ihrer jeweiligen Küstenlinie.“ Die neuen U-Boote U-212 haben durch die Verwendung von Brennstoffzellen einen quasi lautlosen, außenluftunabhängigen Antrieb und somit eine deutlich längere Tauchzeit als die bisherigen U-Boote. Ihre Kampfstärke wird erreicht durch den neuen Schwergewichtstorpedo Seehecht und Polyphem-Flugkörper. Über eine in der Spitze des Flugkörpers eingebaute schwenkbare Infrarotkamera erhält der Schütze vom überflogenen Gebiet ein Echtzeitbild und lenkt die Bombe präzise ins Ziel. Mit einer Treffergenauigkeit unter 50 cm wird es möglich sein, „durch Fenster in Gebäude einzudringen und erst danach den Gefechtskopf zur Wirkung zu bringen“ sowie Verfolgungen durch U-Boot-Jagdhubschrauber abzuwehren. Außerhalb der NATO ist keine Marine fähig,

Auslandseinsätze	Entsandte	jährl. Kosten	Zivile Alternative
Anfang 2007 in 10 Ländern und Gebieten	7.800 SoldatInnen	1,4 Milliarden €	25.000 Krankenschwestern + 20.000 Altenpfleger

Waffen für den globalen Einsatz ... Waffen, die schon im Frieden zerstören ...

Waffenprogramme ¹⁾	Bundeswehr Bestell-/Planung	Kosten ²⁾	Zivile Alternativen ³⁾
Eurofighter ab 2003	Stk. 180 à 128 Mio (incl. Waffen)	23,0 Mrd €	1840 Berufsbildungszentren à 500 Azubis (je 12,5 Mio Baukosten)
Kampfhubschrauber Tiger ab 2005	Stk. 80 à 66 Mio (incl. Waffen)	5,3 Mrd €	828 Pflegeheime à 60 Plätze (je 6,4 Mio Baukosten)
Transporthubschrauber NH/MH ab 2006	Stk. 164 à 42 Mio	6,8 Mrd €	1744 Grundschulen à 200 Schüler (je 3,9 Mio Baukosten)
Militär-Airbus A400 M ab 2010	Stk. 60 à 153 Mio	9,2 Mrd €	6571 Kindergärten à 4 Gruppen (je 1,4 Mio Baukosten)
Schützenpanzer Puma ab 2007	Stk. 410 à 9,5 Mio	3,9 Mrd €	557 Wohnheime à 100 Plätze (je 7,0 Mio Baukosten)
Fregatte F 125 ab 2014	Stk. 4 à 650 Mio	2,6 Mrd €	520 Sport/Mehrzweckhallen à 2 Felder (je 5,0 Mio Baukosten)

1) Waffenprogramme nach Bundeswehrplan 2009 (Generalinspekteur Schneiderhahn März 2007)
2) Kosten enthalten Beschaffungskosten + anteilige F+E und Erprobung
3) Baukosten = reine Baukosten + Baueinzelkosten (Honorare, Gebühren) – (nach Baukosten-Informationszentrum/BKI 2007 deutscher Architektenkammer)

www.isw-muenchen.de

Jagd auf diese U-Boote zu machen.

„Militärische Solidarbeiträge“
Im Rennen um die Märkte der Welt erscheint das deutsche Militär im internationalen Vergleich also „gut aufgestellt“ zu sein, genau so wie es kurz nach Ende des europäischen Realsozialismus der damalige Verteidigungsminister Rühle in den Verteidigungspolitischen Richtlinien gefordert hatte: „Wenn die internationale Rechtsordnung

gebrochen wird oder der Frieden gefährdet ist, muss Deutschland auf Anforderung der Völkergemeinschaft auch militärische Solidarbeiträge leisten können. Qualität und Quantität der Beiträge bestimmen den politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden können.“

DKP Marburg
Der Artikel beruht auf Informationen von imi-online.de.

90 Jahre Oktoberrevolution

Revolutions sind die Lokomotiven der Geschichte (Karl Marx)

Veranstaltung der DKP
Berlin, 3. November
Babylon, www.babylonberlin.de
Rosa-Luxemburg-Straße 30
Von 14 bis 18 Uhr, Einlass: 13 Uhr
Film, Kulturprogramm mit Jane Zahn, Erich Schaffner, Rotdorn u. a. m.
Es reden:
Heinz Stehr, DKP-Vorsitzender
Michael Größ, SDAJ-Vorsitzender
Vertreter KP Russische Föderation
Eintritt 12 Euro / 8 Euro ermäßigt

Veranstaltung am 3. November in Berlin

DKP

SEHEN • LESEN • HÖREN

Verursachen Mobiltelefone Gesundheitsschäden?

Freiheitlich-demokratisches Forschen

Wenn man der „Bild“-Zeitung glauben schenken darf, dann gäbe es für einen Zusammenhang zwischen Strahlung und beispielsweise Krebs „keine Hinweise“. Dies haben Studien gezeigt, für die „riesige Summen“ ausgegeben wurden, „125 Millionen allein in der EU“. Doch die Antwort, die man auf diese Frage erhält, ist abhängig vom Geldgeber. Dies hat ein Forscherteam um Anke Huss von der medizinischen Fakultät der Universität Bern herausgefunden. Das Team untersuchte in einer umfassenden Arbeit alle experimentell durchgeführten Studien zur Frage, ob Mobiltelefone Gesundheitsschäden, wie Schlafstörungen, Beeinträchtigungen des Gedächtnisses oder Krebs hervorrufen können, unter Berücksichtigung des Geldgebers. Die Ergebnisse sind eindeutig. Studien, die von der Industrie finanziert wurden, konnten nur selten Veränderungen von Ge-

sundheitsparametern beobachten, nämlich in nur 33 % der Fälle und das obwohl sie den Gesundheitszustand am umfassendsten erhoben hatten. Im Gegensatz dazu konnten 82 % der Studien, die staatlich finanziert wurden, Veränderungen von Gesundheitsparametern feststellen. Das bedeutet, dass in fast jeder unabhängig durchgeführten Studie Hinweise auf Gesundheitsschäden beobachtet werden konnten. Dazu gehören neben Veränderungen der Herzaktivität und Hormonausschüttung primär Auffälligkeiten im Bereich des Zentralnervensystems. Zwar konnten nur selten Hinweise für ein erhöhtes Risiko an einem Hirntumor zu erkranken erbracht werden, doch eine Veränderung der Hirnaktivität, welche teilweise mit Gedächtnisstörungen assoziiert ist, wurde häufig beobachtet. Bemerkenswerterweise wurden jedoch in keiner der von der Industrie untersuchten Studi-

en kognitive Beeinträchtigungen, wie etwa Gedächtnisstörungen, erhoben. Besonders pikant ist ferner, dass die statistische Datenauswertung lediglich bei einem Viertel der von der Industrie finanzierten Studien korrekt durchgeführt worden war. Da ist es nur noch wenig überraschend, wenn man erfahren kann, dass Durchführung und Auswertung der von der Industrie finanzierten Untersuchungen lediglich in etwa 8 % der Studien „blind“ erfolgte. Das bedeutet, dass in über 90 % der Studien Teilnehmer, Analytiker oder beide wissen konnten, wie sie sich zu verhalten hatten, um ihren Geldgeber nicht zu verärgern – gemäß dem Motto: die Hand, die einen füttert, beißt man nicht.

Markus Wöhr

A. Huss, M. Egger, K. Hug, K. Huwiler-Müntener & M. Röösli (2007). Source of funding and results of studies of health effects of mobile phone use: systematic review of experimental studies. *Environmental Health Perspectives* 115: 1-4.

Treffen der DKP Marburg
jeden ersten Dienstag im Monat, 20 Uhr,
Ort auf Anfrage.

Kontakt:
info@DKP-Marburg.de

IMPRESSUM

www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

Layout: compay
Auflage: 1000 Ex., Eigendruck
Erscheinen: vierteljährlich
nächste Ausgabe: Januar 2008
Redaktionsschluss: 15.12.07



www.dkp-marburg.de • www.dkp-hessen.de

V.i.S.d.P.: Herwig Selzer, Am Kupfergraben 6, 35037 Marburg